

Die Bezahlung und Bereitung durch andere
Zeitung und Zeitungen ist nicht gestattet:
Ausgabe A (für ausländische) vierzehntäglich
3 M., monatlich 1 M.
Ausgabe B (ausländische und deutsche) vierzehntäglich
4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen:
(1) möglich: innerhalb Deutschlandes
und der Schweiz vierzehntäglich
2.25 M., monatlich 0.75 M. aufdruck: Selbst-
beflagt. Nr. Dreierteiliges 8 K. 60 M.
Ausgabe C (vierzehntäglich).
Kommunikationen: Ausgaben 8.
bei unseren Zeitungen, Filialen, Gesellschaften
und Einrichtungen, sowie Buchhandlungen und
Druckereien.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Rebellen und Spedition:

Verlagspreis 8.

Leipziger Nr. 14000, Br. 14000, Br. 14000.
Berliner Zeitungs-Zeitung:
Berlin NW, 2. Büro, Postfach 10000.
Strasse 1. Leipziger L. Br. 1000.

Leipziger Tageblatt

und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 240.

Freitag 30. August 1907.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser hat sich gestern von Hannover nach Bielefeld begeben, wo die Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. stattfand, und ist dann noch Münster weitergefahren. (S. Art.)

* Die Universität Münster hat anlässlich der Kaiserstage in Münster den Namen "Westfälische Wilhelms-Universität" erhalten. (S. Art.)

* Aus Amerika liegen Meldungen über die Bewegung in Panama vor. (S. Dr. Kol.)

* Der Katholikentag in Würzburg wurde gestern geschlossen, nachdem noch zuletzt auf die unabdingbare Autorität des Papstes in Lehrtagen hingewiesen worden war. (S. Art. u. Bericht.)

* Die Resolution des Verbands sächsischer Industrieller zur Wahlrechtsvorlage der Regierung liegt jetzt im Münzen vor. (S. Art. 2. S. des Hauptr.)

* In Potsdam haben sich wieder schwere Unruhen ereignet. (S. Ausl.)

* Der Mörder des Petersburger Gefängniswärters Iwanow ist hingerichtet worden. (S. Ausl.)

* Präsident Roosevelt hat die Republikaner von Mittelamerika zu einem Friedenskongress nach Washington eingeladen. (S. Ausl.)

Aus dem dunkelsten Deutschland.

Der heutige Katholikentag in Würzburg zeigt das alte Bild einer grandiosen Ausmauerung und einer Kritiklosigkeit, die verwunderlich und betrüblich zugleich ist. Den versammelten Tausenden steht keinerlei Einfluss auf die ihnen vorgetragenen politischen Ziele zu. Sie dürfen nicht abstimmen, werden überhaupt gar nicht erst gefragt. Das Schlimmste aber ist, daß diese Menschen gar kein Bedürfnis in selbständiger Deutung haben. Niemals ein Widerspruch. Immer nur "sturmisches Beifall", "Bravo", "Sehr wahr" und wieder "stürmischer Beifall". So kann einem freiheitlich gesinnten Menschen, der die Achtung vor dem Individuum als das höchste Mittel des Fortschritts, als die Grundlage unserer Kultur ansieht, nur dieses Missleid einfallen, wenn er weiß, wie diese fanatisierten Männer ihr ewiges Einverlässnis mit allem Besaßen lobend befinden. Wie viel Arbeit ist da noch zu leisten! Welche Riesenaufgabe läuft den Liberalismus, diese durch ein schlaues System der Bevormundung zu unmündigen herabgeworfenen Menschen zur Benützung auf sich selbst, zur Freiheit der Wahl des Selbstbestimmung zu erziehen!

Freitags angenommen, und kaum ist der heutige Zustand für viele katholischen Männer. Alles wird ihnen fertig gereicht: Weltanschauung und Konsequenzen. Sie brauchen nur zuzuhören. Und da es der Nachbar ebenso macht, so wird zugelaufen, das eigene Denken wird unterdrückt, verpönt, und den dennoch Vorwürfen wird genau vorgetragen, wie sie in denken haben. Überflüssig ist ihre Begründung.

Denn alles Eckenbare ist schon erkannt und längst festgestellt durch die Organe der unechten Kirche. Mutet es dieser Nachbarschaft nicht wie purer Hohn an, wenn auf den Katholikentagen Leute auftreten und zur Teilnahme der Katholiken an allen geistigen Befreiungen aufzufordern? Erst wird dem Volke die Forschung als Aberglaube hingestellt, und dann soll es sich an den Kulturdienstleistungen beteiligen, soll seine Söhne auf die Hochschulen, sogar seine Töchter auf die Universitäten schicken. Ein schroffer innerer Widerstreit, der praktisch nur gelöst erscheint, wenn man sieht, was die Götter unter Kultur verstehen. Keine Kultur ohne die Sanction und Auctorität der Kirche. Die Söhne werden in die Gelehrtenvereine, in die katholischen Verbänden gepackt, für die Töchter, deren Erziehungsgelüste gefährlich erscheinen, ist schwierig der Hildegardverein geglättet worden, auf dem seinem Schädel die Kette zieht, so es ihm gelingen sollte, auf eigenen Wegen zu wandeln. So also wird das Streben der katholischen Kirche nach der universellen Herrschaft über die Seelen und damit über die gesamte Welt in einem System gebraucht: Läßt sich der Hunger nach Erosion nicht mehr unterdrücken, so soll er mit dem der Kirche angelernten "wissenschaftlichen" Krei gestillt werden. Herr Martin Spann, der mit Schröder von der Existenz "ungläublicher Professoren" Rotz nimmt, spricht bezeichnenderweise von den Universitäten als den "edelsten und geistigsten Stätten an dem Baume des mittelalterlichen Strebens nach Erfassung und Zusammenhang des Weltganzen". Und, fügen wir hinzu, der mittelalterliche Universität höchste und geistigste Blüte war die Scholastik, mit der die Geister so lange malträtiert wurden, bis sie es für durchaus normal hielten, daß man erst das Rektoral des hochmächtigen und sich dann abmüht, für das private Resultat nach formalistischen Verordnungen zu suchen. Daher die Vorliebe des Herren Martin Spann für das Mittelalter. Und Herr Professor Wepenbergs aus Bayern preist den Index als den "Hüter der Wahrheit". Wo zu dem überhaupt noch forschen und streben und arbeiten, Herr Spann und Herr Wepenberg? Ist das nicht völlig überflüssig und aberwitzig? Die "Wahrheit" ist ja schon da: im Index. Es ist kaum zu verstehen, daß gesunde Menschen den hier deutlich zutage tretenden Widerspruch nicht sehen sollten. Wenn diese Leute doch wenigstens die Courage der Konsequenz hätten! Wenn sie nicht nur den Bauern und Arbeiter, sondern ganz allgemein proklamieren: "Alles wissenschaftliche Streben ist Unsin, ist Zeitvergessen, denn wir haben die Wahrheit, die absolute Wahrheit, schon. Hier ist der Index, in dem ist sie." Dieser Opportunitätspolitik mit ihrer Zunahme der Denunziation gegenüber ist der fatalismus der Mohammedaner noch eine erstaunliche Erscheinung. Darin ist wenigstens noch Logik, wenn auch die Voraussetzung falsch ist. Aber aus einer falschen Voraussetzung falsch Schluß zu ziehen, geht doch eigentlich über die Grenzen des Erkenntnisses hinaus.

Und mit diesem Worte zur Intoleranz bemüht, werden nun die Forderungen der Kirche erhoben. Der katholischen Kirche, versteht sich, denn alle Unergläubigen sind (im Sinne des Toleranzartikels ist Wahrde geboten). Irrsinn und Gedanke. Und Herr Wepenberg, der eine ganze Zeitschrift in der Verfolgung verschwunden gewesene geistliche Rat und Bistümer sowie, erzählt im Ton des biblischen Pharisäers vom Christentum, "das vor allem in der katholischen Kirche vollständig rein und unverfälscht in die Erhebung tritt." Dann kommt der Rector Brück aus Bochum, der Vor-

Am gestrigen Tage um 10 Uhr reiste der Kaiser, begleitet vom

Kronprinzen und den beiden Prinzen Eitel Friedrich und Oskar nach

Bielefeld. Von dort wird gemeldet: Die Stadt ist offiziell reich

mit Fahnen und Girlanden geschmückt. An der Herrenstraße vom Bahnhof

zum Schillerplatz hatte sich ein Spalier von Kriegervereinen, Schulen und

anderen Vereinen gebildet. Aus der Umgegend sind viele Tausende

herbeigeströmt. Auf dem Schillerplatz ist gegenüber dem neuen Rathaus

ein Preußenturm errichtet. Auf der Terrasse des Rathauses erhebt sich das

noch verbüßte marmorne Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms von Preußen.

Der Kaiser traf mit dem Kronprinzen und den Prinzen Eitel

Friedrich und Oskar 11½ Uhr vorzeitig ein. Am Bahnhof waren

zum Empfang der kommandierende General Friederich v. Bissing und

Überpräsident Dr. Friederich von der Recke anwesend. Der Kaiser fuhr,

stürmisch begrüßt, durch die Feststraße zum Rathause, wo die Vertreter

der Stadt aufstellung genommen hatten. Der Kaiser begrüßte Professor

Dr. Hinschberger, Pastor von Bodelschwingh und andere Herren. Die

Vereinigten Männergesangvereine von Bielefeld sangen die Hymne:

für Anzeigen aus Bielefeld und Umgebung
bis Geschäftsräume 25 M., finanzielle
Anzeigen 30 M., Reklame 1 M.;
oder aufwärts 30 M., Reklame 1.50 M.;
oder Räume 50 M., Reklame 2.50 M.;
Reklame 1.50 M.

Werber in Bielefeld im amtlichen Zeitung
Bielefelder Zeitung 5 M. d. Ausgabe soll, Wer-
beträger, Werbeträger, Werbeträger, Werbeträger
im Preis erhält. Neben dem Bielefelder Land-
gerichtsamt ist nichts nicht ausreichend
geworden sind. Was der Große Kurfürst begonnen, habe der Große
Kurfürst vollendet. Ein Denkmal sei errichtet worden aus den freiwilligen
Spenden der Bürgerschaft, und es sei ein Zeichen der neuen Zeit.
Niedersachsen brachte die Freude der Stadt aus, daß der Kronprinz und die
königlichen Prinzen zum ersten Male hier weilten; aber die ganze Be-
völkerung empfand schmerlich das Fernbleiben der Kaiserin.

Der Kaiser
Bielefeld im Februar 1907
Bielefelder Zeitung eingebettet der Beziehungen, die er seit
langen Jahren mit Bielefeld hat, und die ihm deshalb teuer seien,
seit sein ehemaliger Lehrer Hinschberger hier wohnte und so als ehemaliger
Bielefelder seine Heimat neu gesehen sei. Er beobachtete, sagte der
Kaiser, mit großem Interesse das Wachstum der Stadt in seiner
Monarchie und habe ein solches auch mit ganz besonderer Freude bei
Bielefeld bemerkt. Er wünsche von Herzen, daß sich die Stadt auch
weiter so entwideln möge, und daß die Bürgerschaft Treue, die
der Oberbürgermeister erwartet habe, ihm auch immer erhalten bleibe.
Der Kaiser dankte am Schlusse seiner Rede für den großartigen Empfang
und befragte den Oberbürgermeister, der Bürgerschaft seinen herzlichen
Dank auszusprechen.

Der Kaiser trat an das Wohl der Stadt und beschäftigte dann
nach der Enthüllung eingebettet der schönen Bau des neuen Rathauses
und begab sich dann zu dem Bielefelder Schloss des Kaiserin.
Abreise nach Münster.
Die Abreise nach Münster erfolgte 2 Uhr 35 Min. Der Kaiser
verließ u. a. Hinschberger den Kreis der Großkomitee des Handwerks von
Hohenholz, Pastor von Bodelschwingh das Komitee des Hand-
werks von Hohenholz. Der Kaiser hört auf der Eisenbahnfahrt
von Hannover nach Bielefeld die Vorrede des Chefs des Militär-
stabes und des Vertreters des Auswärtigen Amtes Freiherrn von
Tresckow.

Deutsches Reich.
Leipzig, 30. August.
*** Kaiser Wilhelm und die Abrüstungsfrage.** Im Septemberfest
der "Deutschen Revue" veröffentlichte Prinz Leo mehrere Briefe
Erichs, von denen einer einen Bericht erregen wird, weil er eine merk-
würdige Angabe über die Stellung Kaiser Wilhelms zur Abrüstungsfrage
enthält. An Prinz Leo gerichtet und aus Neapel, den 6. Juli 1893
datiert, lautet dieser Brief wörtlich folgendermaßen:

Kaiser Wilhelm bat gefragt und wird das gewöhnliche Militär-
gesetz bekommen. Was wird nachher kommen? Dem Papst gegen-
über sprach er von der Abrüstung, die, wie er hofft, von einem euro-
päischen Kongress beschlossen werden wird. Leo XIII. zeigte sich dem
Gedanken gläubig, nicht weil er Vertrauen darauf hätte, sie
zu erreichen, sondern weil der Vorschlag einer Abrüstung
der Ausgang zu einem internationalen Konflikt werden
kann, und er für diesen nicht vorbereitet war. Frankreich
wird sie nicht annehmen, wie sie Preußen und Österreich nicht an-
nehmen, als sie Napoleon III. vorschlug. Damals war nicht einmal
der Kongress möglich. Und wir, was werden wir tun? Wir werden
uns die Würde einer Abrüstung nicht zu machen brauchen, weil wir
sich ohne Rücksicht auf geben. Ich urteile Sie herzlich. Ihr ergebenster H. Erzbi.

Der Kaiser hat Papst Leo XIII. am 23. April 1893 befreit und
laut dem "Reichsbanzer" eine einfländige Unterredung mit ihm gehabt.
Doch er ist über die Abrüstung so gnädig gewesen, wie Erzbi.
beschreibt, ist nicht wahrscheinlich. Zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers
in der einzigen Stadt hatte sich der Reichstag mit jener Militärvorlage
zu beschließen, deren Ablehnung am 6. Mai zur Reichstagsauflösung
geföhrt hat. Die damalige politische Gesamtlage spricht nicht minder
gegen die Richtigkeit der Angabe Erzbi., als Deutschlands spätere
Haltung zur Abrüstungsfrage.

Die. Die elb-ostpreußische Verfassungsfrage scheint mehr und mehr
ihren Höhepunkt zu erreichen, sobald der jüngste Statthalter und
Staatssekretär von Köller zurückgetreten sein werden. Als souveräner
Mann gilt der Staatssekretär Baron von Bulach. Er scheint
dazu bereit zu sein, die elb-ostpreußische Verfassungsfrage infolge
einer endgültigen Lösung entzogen zu führen, als seine Ernennung
zum Staatssekretär an Stelle Köllers zwiegleich auch das Reichs-
land aus seiner bisherigen unlärmigen staatsrechtlichen Stellung in
seinem Verhältnis zum Landtag bestimmt werden würde. Diese Er-
wartung heißt man wenigstens in Elb-ostpreuß. Unbedeutend ist
sie nicht. Denn es ist im Frühling dieses Jahres der bekannte Verfassungs-
streit im Landtagsschluß tobt, doch es, die Regierung hat sich bestimmt
über eine vorbereitete Verfassungsänderung ausgeschlossen. Das eine
sollte sich nicht ohne Schwierigkeit vollziehen, bewiesen von neuen die Reichs-
tagssitzungen über diese Frage. Bei Belebung der höchsten Regierungsposten
drängen erklären die einheimischen Elemente auf eine Auswahl
solcher Kandidaten, die nur der eingeborenen Bevölkerung angehören. Eine
einfache Bevölkerung dürfte indes die Regierung sich schwerlich geneigt
sehen. Sie ist gerecht Wünschen durch die vor längeren Jahren
erfolgte Ernennung des Herren Dr. Peter und Baron v. Bulach zu
Unterstaatssekretären entgegen gekommen. Beide Männer, die auch dem
Reichstag angehören — Dr. Peter der nationalliberalen, Baron Peter v.
Bulach als Hospitant der konserватiven Tradition — haben sich in
ihren hohen Staatsämtern auf das vorherstehende bewährt und sind eine
politisch objektive Haltung innegehalten.

* Zum Landtagswahlkampf in Dresden wird und gefördert:
Die konservative Wählervereinigung, die am Mittwoch abend im
Fürstenhof stattfand, war in mehr als einer Hinsicht für die Beteiligung
am Kriegsschauplatz charakteristisch. Erstens war sie nur von reichlich
100 Personen besetzt, während die Verfassung des nationalliberalen
Gegenkandidaten anders, die am Abend vorher in einem nur wenige
Minuten entstandenen Lokal stattgefunden hatte, reichlich die
doppelte Teilnehmerzahl aufwies. Das kann nicht etwa auf eine
Übermündung der konservativen Wähler zurückgeführt werden. Im
Gegenteil, gerade der nationalliberalen Kandidat ist es, der — eine
ganz neue Erscheinung bei Landtagswahlkämpfen — in einem Raum
von acht Tagen drei Versammlungen ohne abzuhören hat, während
man auf konservativer Seite weit geringere Anforderungen an das Interesse
der Wähler stellt, ohne jedoch damit den Zweck zu erreichen. In der Mittwoch-
tagssitzung, der ersten nach den Ferien, erwartete man allgemein,